hatte vermocht, den großen Saal der Dresdner Kaufmannschaft schon lange vor Beginn des Vortrags so zu füllen, daß viele keinen Platz mehr finden konnten. In etwa 1½stündiger, von stürmischen Zustimmungsäußerungen oft unterbrochener Rede verbreitete sich Stresemann zunächst ausführlich über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, ging darauf kurz auf die Lage im Westen ein, besprach dann weiter bei der Behandlung der innerpolitischen Lage verfassungsrechtliche Fragen, wobei er den Standpunkt der Nationalliberalen hierzu kennzeichnete, und warf zum Schlusse einen Blick auf die großen Zukunftsaufgaben, die dem deutschen Volke in der Friedenszeit bevorstehen. Der Versammlungsleiter Landtagsabgeordneter Rechnungsrat Anders, der die Erschienenen auch begrüßt hatte, kleidete die starken Beifallskundgebungen der Versammlung noch in herzliche Worte des Dankes an den Redner.

— **Verband Sächsischer Industrieller.** In der unter dem Vorsitz von Direktor Grützner am Freitag in Deuben abgehaltenen Vorstandssitzung der Ortsgruppe Plauenscher Grund des Verbandes Sächsischer Industrieller wurden auch die für das dortige Elektrizitätswerk durch den Kohlenmangel herbeigeführten Schwierigkeiten in der Beschaffung elektrischer Kraft besprochen. Man nahm von dem eingehenden Bericht des in der Sitzung als Gast erschienenen Direktors des Werkes über seine Anstrengungen, Kohlen in hinreichender Menge hereinzuholen, Kenntnis. Der Vorsitzende dankte ihm für die Aufklärungen und wies darauf hin, daß alle gegen die Werksverwaltungen gerichteten Vorwürfe als entkräftet betrachtet werden müßten. — Ferner nahm man davon Kenntnis, daß der Vorsitzende zum Mitglied des Sächsischen Ausschusses für Heereslieferungen und des Sächsischen Ausschusses für Uebergangswirtschaft ernannt worden ist, und beschloß u. a., die auf die Beschaffung von Arbeiterwohnungen gerichteten Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen. Als Mitglied zur Vertretung der Industrie im geschäftsführenden Ausschuß des Vereins Heimatdank in der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt beschloß man, Fabrikbesitzer Karl Maitz vorzuschlagen.

— **Der Nationalliberale Verein für Leipzig und Umgebung** hielt am Freitag, den 18. Januar, seine diesjährige volkstümliche Reichsgründungsfeier ab. Wieder hatten Tausende von Männer und Frauen ohne Unterschied des Berufes und der Partei den großen Festsaal des Zoologischen Gartens überfüllt. Infolgedessen hatten sich wieder Hunderte von verwundeten und erkrankten Kriegern zur Feier eingefunden. Im Mittelpunkte der Feier, deren künstlerischer Teil in den Händen des Herrn Kammersängers Alfred Kase, des Leipziger Lehrergesangvereins und des Curth-Fitz-Orchesters lag, stand die Festrede des Leipziger Historikers, des Universitätsprofessors Herrn Geheimrat Dr. Brandenburg, des 1. Vorsitzenden des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen, sowie des veranstaltenden Vereins. In dieser wurde in meisterhafter Darlegung die Entwicklung unseres Reiches von seiner Entstehung bis zum heutigen Tage verfolgt. Zum Schluß seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede gab der Vortragende der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Interessen beim Friedensschluß mit Rußland gewahrt werden würden und daß die Heeresleitung dafür sorgen werde, daß wir dann auch mit den Westmächten zu einem Frieden kommen, der unsere Zukunft stärkt und sichert. Wie auch bei allen früheren Feiern des Vereins wurde wieder eine Sammlung veranstaltet, die den Betrag von 206.80 Mk. ergab, der in voller Höhe zu vier gleichen Teilen dem deutschen, dem österreichisch-ungarischen, dem bulgarischen Roten Kreuz und dem Roten Halbmond überwiesen worden ist.

— **Dem Verein Heimatdank** für die Stadt Dresden sind folgende namhafte Spenden überwiesen worden: Je 5000 Mk. von den Firmen Adler-Compagnie Cigarettenfabrik, Aktiengesellschaft, und Cigarettenfabrik „Delta" Tschache & Bensku, G. m. b. H., 1000 Mk. von der Firma Aktien-Bierbrauerei zum Plauenschen Lagerkeller. — Die Goldankaufsstelle Dresden hat dem Verein die aus der Ablieferung von Goldsachen im Monat Dezember 1917 überwiesenen Geldbeträge, auf deren Auszahlung zugunsten des Vereins verzichtet worden ist, im Gesamtbetrage von 48,92 Mark, und weitere 79,80 Mk., die für erblindete Krieger bestimmt sind, insgesamt 128,72 Mk., überwiesen.

— **Der vorgestrige Sonntag** brachte richtiges frühlingsmäßiges Wetter, das freilich für den Januar nicht recht passen wollte. Die Sonne schien tagsüber so prächtig wie im Frühling. Auch die Temperatur war dementsprechend. Das Thermometer stieg bis auf 15 Grad. Die milde Witterung und das sonnige Wetter hatten eine große Menge Menschen zu einem Spaziergang veranlaßt. Besonders stark war der Große Garten besucht, wo sich viele Leute zu kurzer Rast auf den Bänken niedergelassen hatten. Bei einem längeren Anhalten solcher Witterung liegt die Gefahr nahe, daß in der Natur alles zu früh herausgelockt wird, was dann später bei wieder einsetzendem Frost leicht verloren gehen könnte. Glücklicherweise brachte bereits der gestrige Tag wieder etwas normalere Temperaturen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hatte es stellenweise gereift und gestern früh zeigte das Thermometer nur noch 3 Grad Wärme an.

— **Die Hausglocken in Ordnung halten!** Nachdem der Kohlenersparnis wegen der frühere Schluß der Haustüren verfügt werden mußte, ist es um so nötiger, daß jedes bewohnte Grundstück mit einer von der Straße aus zu läutenden Hausglocke versehen ist, um nach Schluß der Häuser bei Feuersgefahr, Gas- und Wasserausströmung und dergleichen den Bewohnern so schnell als möglich Hilfe bringen zu können. Der Rat veranlaßt daher die Besitzer und Verwalter bewohnter Grundstücke, die Hausglocken nachzusehen, nach Befinden instandzusetzen oder solche neu anzubringen und einer im Hause wohnenden Person das Oeffnen der Haustür beim Läuten der Glocke zur Pflicht zu machen. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung ist strafbar.

— Für den Heiteren **Plaut-Abend** nächsten Donnerstag im Künstlerhause macht sich ein reges Interesse bemerkbar. Der Künstler hat für diesmal ein neues literarisches und musikalisches Programm zusammengestellt. Karten bei F. Ries, Seestraße 21, und R. Brauer, Hauptstraße 2.

— **Johannstädter Musikschule** (Blasewitzer Straße 58, 1., Wittenberger Straße 99). Osterprüfungen vom 23. Januar bis 23. März. Eintritt frei.

— **Sarrasani** hat seinem ohnehin schon sehr reichhaltigen und vielseitigen Spielplan, der allabendlich den Riesenbau meist bis auf den letzten Platz füllt, noch eine weitere reizende Nummer hinzugefügt: Marifah mit ihren dressierten Kakadus. Es ist eine Freude, die gelehrigen Tierchen bei ihrer Arbeit zu beobachten. Sie zeigen sich als Tänzer, als Turner am Reck und Trapez, lösen Kanonenschüsse, ziehen Fähnchen auf, lassen sich vor eine niedliche Kutsche spannen, benutzen sie selbst als Fahrgäste und manches andere mehr. Der Jubel der Besucher erreicht aber den Höhepunkt, wenn die Tierchen als Feuerwehr auftreten und ein Häuschen nach allen Regeln der Kunst ausräumen, sowie mit der Spritze das Feuer dämpfen. Die Vorstellung wird zurzeit wieder mit der großen Löwennummer eingeleitet, die ja als ein Prunkstück der Sarrasani-Schau genannt werden darf. Die prächtigen Großkatzen, deren Durchhalten bei der jetzigen Futterknappheit ganz besondere Schwierigkeiten bereiten dürfte, haben nichts von ihrem Temperament eingebüßt, aber der Dompteur Herr Hermann Haupt arbeitet so sicher mit ihnen, daß auch der zaghafteste Besucher die leise Angst vergißt, die ihn wohl anfänglich beschleicht, wenn sich einige der Bestien gar zu widerspenstig zeigen. — Auch jetzt noch wird der Spielplan mit dem Weihnachtsmärchen „Friede auf Erden" abgeschlossen, das sich dank seines Gehalts und seiner wundervollen Ausstattung nach wie vor als ein hervorragendes Zugstück erweist.

— **Tyrnians Thalia-Theater** gibt den großen Weihnachtsspielplan nur noch bis Donnerstag, wo zwei Vorstellungen, um 4 Uhr und 8 Uhr, stattfinden. Ab Freitag beginnt ein gänzlich neuer Spielplan, u. a. mit einem neuen Schlußstück von Winter-Tymian „Das graue Fieber".

— **Die Taschendieb-Patrouille** der hiesigen Kriminalpolizei hat am Sonnabend abermals an der Straßenbahnhaltestelle am Postplatz einen Taschendieb auf frischer Tat beobachtet und festgenommen. Es wurden ihm 21 Taschendiebstähle nachgewiesen.

— **Die Feuerwehr** wurde gestern vormittag nach ½9 Uhr zur Hilfeleistung nach Löbtauer Straße 96 gerufen, wo infolge Unglücksfalles ein 18jähriges Dienstmädchen an Leuchtgasvergiftung erkrankt war; die Verunglückte konnte gerettet werden.

— **Leipzig.** Nachdem die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn das Anerbieten des Rates zur Tariferhöhung abgelehnt hat, sich die beiden zunächst beteiligten Stellen sonach nicht einigen können, ist die Entscheidung in die Hand der Aufsichtsinstanzen, also der Ministerien des Innern und der Finanzen, gelegt. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht, wie das „Leipz. Tagebl." mitteilt, dafür, daß die Regierung einen Mittelweg beschreitet, der weitere Verhandlungen zwischen dem Rate und der Gesellschaft zur Folge haben würde. Vorläufig besteht der Konflikt zwischen Rat der Stadt einerseits, Regierung und Straßenbahn anderseits weiter; er ist auch durch die Verhandlungen, die kürzlich im Finanzministerium stattfanden, nicht beigelegt. Inwieweit es den Stadtverordneten gelingen wird, auf diese Sachlage Einfluß zu gewinnen, bleibt abzuwarten. — Am vergangenen Freitag wurde im „Kaiserhof" eine „Ortsgruppe Leipzig der Deutsch-Türkischen Vereinigung" gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Geheimrat Professor Dr. Aug. Fischer gewählt. — Die Schokoladenfabrik F. O. Richter in L.-Schleußig hat dem Ortsverein Heimatdank für die Stadt Leipzig 30 000 Mk. in Kriegsanleihe überwiesen. — In der Nacht zum Sonnabend ist die Zugangstür zu einem Geschäft in der Reitzenhainer Straße gewaltsam erbrochen und aus dem Ladenraume Seide, Männersocken, Füßlinge, leinene Herrenkragen, Kindermützen usw. im Werte von 20 463 Mk. gestohlen worden.

Vereinskalender für heute.

Dresdner Liedertafel: Probe, 8 Uhr.
Dresdner Männergesangverein: Probe, ½8 Uhr.
Geb.-B. f. d. Sächs. Schweiz: Mon.-Vers., 8 Uhr, Stadt Weimar.
Literarischer Verein: Schaltig-Feier, ½5 Uhr, Palmengarten.
B. f. Gef.-Pfl. u. arzneil. Heilw.: Frauenvortr., 8 U., Herz. Gart.

Sächsischer Landtag.

In der gestern, Montag, abgehaltenen Sitzung wurden zunächst bei den Kapiteln des **Rechenschaftsberichts**, betr. Gesamtministerium und Staatsrat, Kabinettskanzlei, Ordenskanzlei, Hauptstaatsarchiv, Oberrechnungskammer und Oberverwaltungsgericht die Ueberschreitungen nachträglich genehmigt.

Ueber Kap. 37 und 38 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes,

Gesamtministerium und Staatsrat,

sowie **Kabinettskanzlei** betr., berichtet Abg. Dr. **Hähnel** (kons.) und beantragt, die Ausgaben nach der Vorlage mit 39 593 Mk. bzw. 10 245 Mk. zu bewilligen.

Abg. Dr. **Dietel** (Fortschr. Vp.) vertritt den Wunsch der Beamtenschaft, daß Disziplinarstrafen nach einer gewissen Zeit in den Personalakten gelöscht werden.

Vizepräsident **Fräßdorf** (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion lehne die Forderungen für das Gesamtministerium ab, weil sich die sächsische Regierung in steigendem Maße den Interessen und Wünschen der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Die Kriegstreiber, die im Gegensatze zum Willen der Reichstagsmehrheit und Reichsleitung stünden, fänden beim sächsischen Ministerium Unterstützung. Redner wendet sich gegen die Bestrebungen der Vaterlandspartei und die Art ihrer Betätigung. Ueber den Kopf der Reichsregierung hinweg wolle sie ihr Ziel erreichen. Redner kritisiert dann das Antwort-Telegramm des Königs an den Ausschuß für einen deutschen Frieden in Plauen, das nicht ohne Zustimmung der Regierung habe erlassen und veröffentlicht werden können. In dem Telegramm werde etwas behauptet, was der Wahrheit nicht entspreche und den Interessen des deutschen Volkes zuwiderlaufe. Der König sei, als er dieses Telegramm absandte, vom Ministerium falsch informiert und schlecht beraten gewesen. Nachdem die Sozialdemokratie sich zur Landesverteidigung bekannt hatte, habe man an verschiedenen Stellen geglaubt, daß es nun auch möglich sein werde, auf einem neutralen Boden zusammen zu kommen. Diese Versuche mußten scheitern, denn Krone und Regierung seien von Mißtrauen gegen das Volk erfüllt. Das zeige die neue Vorlage über die Reform der Ersten Kammer, die noch schlimmer sei, als sie die Herren Hettner und Schmidt-Freiberg gestaltet hätten. Diese Herren müßten sich der Regierungsvorlage gegenüber als Fortschrittler vorkommen. (Heiterkeit.) Der Entwurf einer neuen Landtagsordnung sei geradezu eine Brüskierung dieses Hauses. Wo bleibe übrigens die Vorlage über das gleiche Wahlrecht für diese Kammer? Unsere Regierung könne und dürfe nicht länger die Unterstützung der Volksvertreter finden.

Kultusminister Dr. Beck: Der vom Abg. Dr. Dietel geäußerte Wunsch bilde bereits den Gegenstand von Erwägungen des Gesamtministeriums. Dem sozialdemokratischen Redner gegenüber verwahre ich mich gegen die Behauptung, daß die Regierung sich dauernd den Interessen des Volkes entgegenstelle und die Kriegstreiber unterstütze. Die Regierung kann nur einem Frieden zustimmen, der unsere Zukunft wirtschaftlich, kulturell und politisch sichert. (Beifall rechts, Lärm links.) Die Beratung des Königs erfolgt nicht unter dem Gesichtspunkt eines Mißtrauens gegen das Volk, sondern unter dem ernsten Gefühle der schweren Verantwortung der Regierung gegenüber der gesamten Bevölkerung in dem Bewußtsein: Salus publica suprema lex. (Beifall.) Das Gesamtministerium ist wegen des Königs-Telegramms nicht gehört worden, sondern nur der Minister des Innern und Aeußern. Das Gesamtministerium würde sich aber auch nicht anders entschlossen haben. Wir danken es dem König, daß er in entscheidungsvoller Stunde in so kraftvoller Weise seiner Siegeszuversicht Ausdruck gegeben hat. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Graf Vitzthum v. Eckstädt: Das Königs-Telegramm hat mir vorgelegen und ist mit meinem Wissen abgegangen. Obwohl hierzu eine verfassungsrechtliche Verantwortung nicht notwendig ist, übernehme ich doch für das Telegramm wie für den späteren Dankerlaß die volle staatsrechtliche Verantwortung. (Beifall rechts.) Die Regierung verwahrt sich gegen den Vorwurf, eine Annexionspolitik zu treiben, sowie gegen das Ansinnen, sich auf eine Politik des Verzichts festzulegen. Ich bestreite, daß unsere wirtschaftliche Lage uns zu einem Frieden um jeden Preis zwingt. Wir sind für einen auf ehrlicher gegenseitiger Verständigung beruhenden Frieden.

Abg. **Polern** (natl.) tritt für einen Frieden im Sinne der Regierungserklärung ein und freut sich des Königs-Telegramms. Redner fragt, ob unsere Regierung Mittel und Wege gefunden habe, um bei den Friedensverhandlungen im Osten die wirtschaftlichen Interessen Sachsens auf das nachdrücklichste zu wahren. Die wirtschaftlichen Interessen dürften nicht den dynastischen gegenüber zurücktreten. Bayern habe doch auch eine Vertretung in Brest-Litowsk. Die Regierung möge von Zeit zu Zeit den Fraktionsvorsitzenden vertrauliche Berichte über den Stand der Dinge geben. Wie weit sei die Einrichtung eines Forschungsinstitutes für Textilindustrie gediehen?

Minister des Innern Graf Vitzthum v. Eckstädt: Der Entsendung eines bayrischen Vertreters nach Brest liege eine Vereinbarung von 1871 zugrunde. Für Sachsen liege eine solche Abmachung nicht vor. Der sächsischen Regierung werde über den Gang der Verhandlungen ausführlich berichtet. Wenn es unsere wirtschaftlichen Interessen erforderten, würde versucht werden, einen geeigneten sächsischen Sachverständigen zu den Friedensverhandlungen zu schicken. An der Errichtung eines deutschen Forschungsinstituts für Textilindustrie innerhalb Sachsens sei nicht mehr zu zweifeln, nachdem sich die Regierung zur Bereitstellung namhafter Mittel entschlossen habe.

Abg. **Brodauf** (Freis. Vp.) stimmt im wesentlichen den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zu. Redner wendet sich mit Schärfe gegen die Vaterlandspartei und den Großadmiral v. Tirpitz. Die Vaterlandspartei sei ein Giftbaum im Lande.

Abg. Dr. **Zöphel** (natl.): Bei einer günstigen Kriegslage müsse das genommen werden, was das Deutsche Reich erheische. Die Vaterlandspartei habe den Willen, die deutsche Ehre zu wahren. Der Entwurf über die Reform der Ersten Kammer sei unzulänglich, der über die Landtagsordnung könne nicht ernst genommen werden. Bei den Friedensverhandlungen müsse vermieden werden, uns in eine ungünstigere wirtschaftliche Stellung drängen zu lassen, als die übrigen Mächte. Eine etwa beabsichtigte Zwangswirtschaft in der Einfuhr von Rohstoffen sei zu verwerfen. Die sächsische Brauindustrie bedürfe des Schutzes.

Abg. **Fleißner** (Unabh. Soz.) wendet sich gegen die Antwort des Ministers Dr. Beck auf die Ausführungen des Redners gelegentlich der allgemeinen Etatsdebatte und meint zum Schluß, dem Volke werde nichts weiter übrig bleiben, als sich mit aller Macht gegen die bestehenden Verhältnisse aufzulehnen.

Präsident Dr. **Vogel** weist den letzteren Appell an die Gewalt energisch zurück.

Staatsminister Dr. Beck: Die Rede des Abg. Fleißner vom 27. November v. J. sei fünf Tage danach vom „Matin" in dem Sinne verwertet worden, wie er, der Minister, es damals vorausgesagt habe. Auf den Vorwurf Brodaufs, daß die Minister in der Zirkus-Versammlung erschienen seien, in der Tirpitz sprach, erwidert der Minister: Die Regierungsvertreter sind der an sie ergangenen Einladung gern gefolgt, um dem hochverdienten Großadmiral von Tirpitz erneut zu danken für das, was er für das Vaterland getan hat. (Beifall.) Er ist der Schöpfer und Organisator unserer herrlichen Flotte, die sich einen hervorragenden Ehrenplatz neben der Armee erkämpft und sich um den Ausbau der Unterseeboot-Flotte besondere Verdienste erworben hat. Wenn wir England bald auf die Knie gezwungen haben werden, dann wird Tirpitz' Name hell leuchten. Diesem Manne die Hand zu drücken, als er nach Dresden kam, war für uns Minister Pflicht und Herzenssache. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Spieß** (kons.) verteidigt die Vaterlandspartei gegen die wider sie erhobenen Angriffe. Ihr Friedensziel sei, um das Haus, dem die Buben die Fenster eingeworfen haben, einen festen Zaun errichten und die Buben die Fenster bezahlen lassen. Die Vaterlandspartei wolle einen baldigen Frieden. Das Friedensgewinsel aber sei nur ein Mittel, den Krieg zu verlängern.

Abg. **Hettner** (ntl.): Die Vorlagen über die Reform der Ersten Kammer und die neue Landtagsordnung entsprächen auch nicht den Wünschen der Nationalliberalen; aber sie trieben ihre Kritik nicht so weit, daß sie deswegen die Ministergehälter ablehnten. Auch dieser Redner tritt warm für die Vaterlandspartei und ihre Ziele ein und verwahrt seine Partei gegen den Vorwurf der Unehrlichkeit. (Abg. Bär wird für seine fortwährenden Zwischenrufe zur Ordnung gerufen.)

Abg. **Bär** (Fr. Vp.) erhebt schriftlich gegen den ihm erteilten Ordnungsruf Widerspruch. — Präsident Dr. **Vogel:** Ich hatte gebeten, die Verhandlungen nicht durch Zwischenrufe zu stören. Darauf hat Abg. Bär sofort einen neuen Zwischenruf getan. Ich frage die Kammer, ob sie mit dem erteilten Ordnungsrufe einverstanden ist. — Das Haus erklärt gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten sein Einverständnis. — Abg. **Günther** (F. Vp.): Nach der Landtagsordnung dürfe die Abstimmung über den Widerspruch gegen einen Ordnungsruf erst in der nächsten Sitzung erfolgen. — Der Präsident sagt eine nochmalige Abstimmung zu.

Abg. Dr. **Seyfert** (ntl.) spricht einer Verständigung in der inneren und äußeren Politik das Wort. Es wäre besser gewesen, wenn das Königs-Telegramm unterblieben wäre.

Abg. **Brodauf** (Fr. Vp.) leugnet unter lebhaftem Widerspruche der Konservativen und Nationalliberalen die Möglichkeit eines starken deutschen Friedens. (Der Präsident ersucht den Redner, auf den Eindruck seiner Ausführungen im Auslande Rücksicht zu nehmen, was den Redner aber nicht abhält, in der alten Weise weiterzureden.)

Abg. **Sindermann** (Soz.): Die sächsische Regierung denke leider nicht daran, die Versprechungen, die bei Beginn des Krieges von der Reichsregierung und dem Kaiser dem Volke gegeben wurden, einzulösen. Wenn man unter „Entschädigungen" nur die Erreichung wirtschaftlicher Vorteile verstehe, so könne sich das deutsche Volk damit schließlich einverstanden erklären. (Abg. Fleißner: Unerhört!)

Abg. Dr. **Böhme** (kons.): Die ganze Aussprache drehe sich eigentlich um den Friedensbeschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli. Der Deutsche müßte sich vor seinen Vorfahren und seinen Enkeln schämen, wenn er auf die fortgesetzten Kampfansagen unserer Gegner immer wieder nichts als Friedensangebote hätte. Nach dem Fiasko der Internationale sollte man lieber gar nicht mehr von Stockholm reden. Die Sozialdemokratie müßte so viel vaterländisches Gefühl haben, wenigstens den feindlichen Staatsmännern auf die Finger zu klopfen, wenn diese sich in unsere inneren Verhältnisse einmischen wollen. Was Abg. Brodauf heute gesagt habe, habe man viel besser schon im „Berliner Tageblatt" gelesen. Der Abg. Brodauf setze sich mit seinen maßlosen Ausführungen dem Vorwurfe einer Ausnutzung der Immunität aus.

Damit ist nach ¾9 Uhr abends die Aussprache über diesen Gegenstand geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen und sachlichen Richtigstellungen werden die Einstellungen bei den Kap. 32 und 33 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen bewilligt.

Hierauf werden bei einer ganzen Anzahl Kapitel des **Rechenschaftsberichts** die vorgekommenen Ueberschreitungen nachträglich genehmigt.

Ferner werden die Einstellungen für Kap. 62 des ordentlichen Staatshaushaltplanes, **Botanischer Garten und Pflanzenphysiologische Versuchsstation zu Dresden,** Kapitel 63a, **Landeswetterwarte,** und Kap. 66, **Eichwesen,** ohne Aussprache nach der Vorlage angenommen.

Schließlich steht zur Beratung der fortschrittliche Antrag, die **Aufkündigung von hypothekarischen Schuldforderungen** betr. — Abg. **Günther** begründet seinen Antrag, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrate dahin zu wirken, daß nach Friedensschluß sowohl die Aufkündigung von hypothekarischen Schuldforderungen, sofern erhebliche Zinsrückstände nicht vorliegen, als auch die Erhöhung des Zinsfußes gesetzlich auf die Dauer von drei Jahren verboten wird und rechtzeitig Maßnahmen in die Wege zu leiten, um dem infolge der langen Kriegsdauer in Not geratenen Haus- und Grundbesitz wirtschaftlich wieder aufzuhelfen, sei es durch Beschaffung nachstelliger Hypotheken oder durch Hergabe ausreichender staatlicher Darlehen zu mäßigem Zinsfuß. — Das Haus verweist den Antrag nach längeren Erklärungen des Ministerialdirektors Exzellenz Dr. **Roscher** und des **Justizministers Dr. Nagel** über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Vorberatung an die Gesetzgebungs-Deputation.

Schluß der Sitzung: Nachts ¼11 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen, Mittwoch, mittags 12 Uhr: Staatshaushalt des Kultusministeriums.